

# Danziger Zeitung.

Nr. 18321.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Insolite kosten für die sieben-geplante gewöhnliche Schriften oder deren Raum 20 Pfsg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Paris, 4. Juni. (W. T.) Der Präsident Carnot unterzeichnete gestern die Begründung des Prinzen von Orleans. Derselbe wird diese Nacht an die Grenze gebracht werden.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 4. Juni.

**Die erste Nachwahl zum Reichstag.**  
Die Reihe der Nachwahlen zum Reichstage eröffnet sich gut. Gestern hat bekanntlich die erste derselben im Wahlkreis Oberbarnim stattgefunden, über deren Ausfall heute folgendes Telegramm vorliegt:

Freienwalde, 4. Juni. (W. T.) Es hat Stichwahl zwischen dem Landrat v. Bethmann (freikonservativ) und Althaus (deutschfreisinnig) stattgefunden.

Wie erinnerlich sein wird, war am 20. Februar Herr v. Bethmann im ersten Wahlgange gewählt worden, allerdings nur mit einer einzigen Stimme Mehrheit, indem auf den Cartellkandidaten 7102, den Freisinnigen 5701 und auf den Sozialdemokraten 1387 Stimmen fielen, während 12 Stimmen zerplittert waren. Da unter solchen Umständen die Ungültigkeitserklärung der Wahl durch die Wahlprüfungscommission des Reichstages erfolgte, legte der Gewählte freiwillig sein Mandat nieder, um die Wähler nochmals entscheiden zu lassen. Nähtere Zahlen liegen zwar über den Wahlauftall noch nicht vor; auf alle Fälle ist derselbe jedoch für die Freisinnigen ein sehr erfreulicher, da sie, was ihnen am 20. Febr. nicht gelang, in die Stichwahl kommen und somit begründete Aussicht haben, den Wahlkreis, der in den Jahren 1881—1884 durch den Secessionisten Schröter und von 1884—1887 durch den den Freisinnigen nahe stehenden Wildliberalen, Grafen Hacke vertreten war, dann aber zur Zeit des Septemtlärm an die Conservativen verloren ging, dem Liberalismus zurückzuerobern.

Der für den Reichstag bestimmte Nachtragsetat, dessen Feststellung bereits gemeldet ist und der in allerhöchster Zeit dem Bundesrat zur Berathung zugehen wird, enthält in erster Linie die Vorschläge wegen Erhöhung der Gehälter der unteren und mittleren Reichsbeamten (Post, Telegraphenweisen u. s. w.). Was das in unseren heutigen Morgentelegrammen verzeichnete Gericht anlangt, daß in dem Nachtragsetat auch eine Erhöhung der Gehälter eines Theils der Offiziere in Vorschlag gebracht werden soll, so handelt es sich vermutlich hierbei nur um die Erhöhung der Offiziersgehälter bis zu den Hauptleuten II. Klasse hinauf. Nach früheren Annahmen sollten die Premierleutnants in Zukunft das Gehalt der Hauptleute II. Klasse, sämtliche Hauptleute aber das bisherige Gehalt der Hauptleute I. Klasse erhalten.

Den „pol. Nachr.“ zufolge dürften die durch die Erhöhung der Gehälter der Reichsbeamten nothwendigen dauernden Mehrausgaben 20 000 000 Mark erreichen, so daß unter Hinzurechnung der bisher schon durch Matricularumlagen zu deckenden dauernden Ausgaben von 18 000 000 Mk. und des auf die Colonien bezüglichen Nachtragsetats im Betrage von 5 500 000 Mk. im ganzen eine Erhöhung der Matricularumlagen um 48 500 000 Mark zu gewährten wäre. Die Mehrüberweisungen belaufen sich pro 1889/90 auf rund 73 000 000 Mk.; dieselben würden sonach immer noch diese zu gewöhrliche Erhöhung der Ausgaben der Einzelstaaten für das Reich um ca. 30 000 000 Mk. überschreiten.

Bei dieser Gelegenheit bemerken die „pol. Nachr.“ noch, daß die von uns schon gestern bewiesene

Nachricht, es bestehne innerhalb der verbündeten Regierungen die Absicht, „zur Deckung der erhöhten Militärkosten“ eine Besteuerung der Streichhölzer und eine Besteuerung der Quittungen vorzuschlagen, der Begründung entbehrt.

## Die Chancen des Sperrgeldergergesches.

Wenn der Abg. Mosler bei der zweiten Berathung des Sperrgeldergergesches behauptete, die Sperrgelderangelegenheit sei ein Pfahl im Fleische des katholischen Volkes, der durch die Vorlage nicht entfernt werde, sondern durch dessen Bewegung die Wunde wieder auferissen würde, so muß man allerdings nach dem Verlauf der gestrigen Berathung annehmen, daß es dem Centrum nicht darum zu thun ist, diesen „Pfahl“ zu beseitigen. Mit demselben Nachdruck, mit dem Herr Windhorst erklärte, es sei unerträglich, daß staatlicherseits die Verwendung der Rente aus dem Sperrgelderfonds kontrolliert werde, vertheidigte der Cultusminister, die bedingungslose Überweisung der Rente sei für den Staat unmöglich. Die praktischen Consequenzen aus diesen Erklärungen werden bei den Parteiverhältnissen, wie sie im Abgeordnetenhause bestehen, zweifellos erst bei der dritten Berathung gezeigt werden. In der zweiten Berathung haben die Conservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen, die ja über die Majorität verfügen, es völlig in der Hand, das Gesetz in Übereinstimmung mit der Regierung in seinen einzelnen Theilen zu formulieren. Die Abg. Graf Limburg-Stronach, Freiherr v. Jedlik und Hobrecht haben ja auch ihren Antrag aus der Commission betr. die Fassung des entscheidenden Art. 8 im Plenum wieder eingebrochen und dieser Antrag wird, wenn das Centrum in seiner jetzigen Stellung verharret, in der zweiten Lesung angenommen werden. Ihre Abstimmung in der dritten Lesung macht die Majorität, wie die Antragsteller gestern in aller Deutlichkeit erklärt haben, von der Haltung des Centrums abhängig. Stimmt das Centrum schließlich, wie Herr Windhorst gestern erklärt hat, gegen die Vorlage, so wollen auch die Conservativen und Nationalliberalen die Vorlage ablehnen. Diese Parteien wollen eben nicht päpstlicher sein, als das Centrum, und den Bischoßen keine Mittel zur Verfügung stellen, welche das Centrum nicht zur Verfügung gestellt haben will. Dass bis zur dritten Lesung das Centrum anderer Ansicht werden wird, wie die Dinge liegen, nicht zu erwarten. Die Vermuthung, daß der Schluß der Session bereits am 12. oder 13. erfolgen könnte, hat also die Wahrscheinlichkeit für sich.

## Dessentlichkeit der Militärgerichte.

Die Frage der Militärgerichtsbarkeit, welche durch den freisinnigen Antrag in der letzten Session von neuem angeregt war, ist, wie man hört, wieder in Fluss gekommen. Es wird darüber commissarisch verhandelt. Der „Augsburger Abendzeitung“ wird von München geschrieben, eine Gefährdung des Princips der Dessentlichkeit der bairischen Militärgerichte durch den Entwurf der neuen deutschen Militärgerichtsordnung sei nicht zu befürchten, es siehe im Gegenthell in Frage, ob nicht unter Aenderung der Militärgerichts-Verfassung ein Modus gefunden werden könne, im ganzen deutschen Heeresgebiete die Dessentlichkeit des Verfahrens ohne Verletzung der dienstlichen Interessen zu lassen. Hoffentlich bestätigt sich diese Nachricht der „Augsb. Abendz.“. Dann können wir auch auf diesem Gebiet in Deutschland endlich einen Schritt vorwärts.

## Bermehrung der Goldausprägungen.

Dem Unternehmen nach werden bereits seit längerer Zeit, namentlich aus den Industriebezirken Deutschlands zahlreiche Anträge um Überlassung größerer

Beträge von Goldkronen an die Reichsbank gerichtet, ohne daß diese in Folge nicht genügender Vorräthe in der Lage ist, diesen Anträgen zu entsprechen. Es soll daher die Absicht bestehen, bei den auf Rechnung der Reichsbank stattfindenden Goldausprägungen den Betrag von 30 Millionen in Goldkronen herstellen zu lassen. Von Ende November 1881 bis Ende April 1890 ist der Betrag an ausgeprägten Doppelkronen von 1 592 063 620 Mk. auf 1 937 590 520 Mk., d. i. um 345 526 900 Mark gestiegen, während im gleichen Zeitraume der Betrag an ausgeprägten Kronen von 455 195 400 Mk. auf 475 418 514 Mk., d. i. nur um 20 223 110 Mk. gestiegen ist. In Procenten ausgedrückt ergibt dies bei den Doppelkronen eine Steigerung von 21,7 gegen nur 4,44 bei den Kronen. Schon aus diesen Zahlen darf sich ergeben, daß der Betrag der in Umlauf befindlichen Kronen den Bedürfnissen des Verkehrs nicht mehr entspricht und eine mäßige Vermehrung derselben geboten erscheint.

## Nach dem „Ultimatum“.

Die Antwort, welche der Abg. Barth auf die Erklärung des Abg. Richter in dessen „Frei. Abg.“ erhebt hat, war in höflichem und versöhnlichem Tone gehalten. Das genügt, um gewisse Presseorgane zu einem frenetischen Jubel über den „Rückzug“, die „Unterwerfung“ des Abg. Barth und Genossen zu veranlassen; und ein Zusatz ist es gewiß nicht, wohl aber für die Situation höchst charakteristisch, daß die demokratischen und einige Centrumsblätter diejenigen sind, die am laufenden „Gieg“ Richters preisen und die „Flucht der Escarpins vor dem Wasserstiel“, um einen Lieblingsausdruck unserer Gegner zu gebrauchen, bejubeln und verpotzen zu sollen glauben. Wir müssen denn doch unsern Lesern einige kleine Proben davon geben, wie sich diese eifrigsten Befürworter der Richter'schen Gache geben und wollen deshalb einige Stellen aus den bejünglichen Artikeln wiedergeben. Den Commentar dazu kann sich jedermann mit leichter Mühe selbst bilden. Die clericale „Köln. Volkszg.“ schreibt:

Das ist kein Rückzug mehr, sondern eine Flucht. Kriegserklärungen erlässt man nicht, so lange man einen modus vivendi und einen ehrlichen Frieden noch für möglich hält. Herr Barth hat Herrn Richter vor verjammeltem Kriegsvolke eine Ohrfeige gegeben; der Injuriant hebt den Finger auf und schleunigt erklärt der Injuriant ihn für einen ausgezeichneten Mann! Das ist einfach lächerlich. Der Beweis ist erbracht, daß Herr Richter jedenfalls nicht durch Hrn. Barth gefürst werden wird. Es war wieder einmal die alte Geschichte vom irbenen und eisernen Topf.

Die „Berliner Volks-Zeitung“ stellt in dem ihr eigenen „Gigl-Tone“ als Tendenz des Barth'schen Briefes folgendes hin:

„Fürchterlicher, aber hoffentlich edler Tyrann! Wir hätten dich gern aus der Partei gebracht, aber da wir das Spiel verloren haben und nach deinem Ultimatum nicht der geringste Zweifel besteht, daß die Wähler uns aus der Partei expellieren werden, so lasst bitte Gnade für Recht ergehen: wir wollen hinfest auch gern tanzen, wie du pfiffst!“

Die „Volkszg.“ bringt heiterem einen längeren Artikel speziell gegen die „Danziger Zeitung“, in welchem sie wiederum das bekannte illonale Fechterkunststückchen verübt, für Ausführungen in der „Danziger Abg.“ Herrn Richter verantwortlich zu machen, den „Biedermann“, wie sie sich ausdrückt, gegen welchen sie mit besonderer Vorliebe wütet. Die „Volkszg.“ hat diese Männer, bestimmte Namen bei Zeitungspolemiken herauszugreifen, selbst einmal, als sie davon betroffen war, und war seitens der „Frei. Zeitung“, als ungehöriges „Herumschnüffeln“ bezeichnet; auch haben wir des öfteren schon Beranleßung nehmen müssen, der „Volkszg.“ diese Ungehörigkeit zu verweisen. Wenn die „Volkszg.“ trotz allerdem bei ihrer ungerechtfertigten Voraussetzung bleibt, so können

wir uns schließlich nicht helfen. Jedenfalls wird man es uns nicht verdenken, wenn wir es unter solchen Umständen verschmähen, uns mit den Liebenswürdigkeiten wie „Geschwafel“ &c. mit denen sie uns überhäuft, weiter zu befassen. Das Maß unserer Hochachtung erreicht sie nicht.

Würde zur Seite in Ton und Tendenz tritt der „Volkszeitung“ die sonst in einer vornehmeren Sprache sich bewegende „Frank. Abg.“, indem sie u. a. ausführt:

Denn so steht die Frage jetzt und Herr Richter selbst hat sie so formulirt, indem er schreibt: „Ich werde in der parlamentarischen Partei sein, was ich stets gewesen bin, aber ich werde nicht sein...“ Und wie pfeift daraufhin der Vogel Barth! Siehe da — er begrüßt daheim den Appell Richters als Delikat des Friedens. Fürwahr, solcher Männlichkeit gegenüber möchte man Herrn Richter rufen: Lass sie laufen, sie waren deines Grossen nicht wert! Den Coup haben sie verstanden, den Weg vom Coup zum ehrlichen Kampf vor Augen stammeln sie ein wehmüthiges „Soyons amis!“

Alles das wegen eines höflichen und versöhnlichen Wortes, wofür diese Herrschaften freilich keinen Sinn haben; denn ihnen läge am wenigsten an der Wiederherstellung eines Einvernehmens. Daher suchen sie Del ins Feuer zu ziehen. Indessen — nur gemacht! Bis zur „Unterwerfung“ auf der einen und zur Diktatur auf der anderen Seite sind wir noch lange nicht gekommen, und bis zum „Tanzen nach der Pfeife“ eines Führers wird die Partei nicht gelangen, so sehr auch die Demokraten links, die Conservativen rechts und das Centrum in der Mitte aus Gründen, die niemandem verborgen sein können, der die Taktik dieser Parteien kennt, dies wünschen mögen. Auf die besonnenen Elemente in der freisinnigen Partei werden daher solcherlei Commentare schwerlich Eindruck machen. Die freisinnigen Wähler werden es verstehen und zu würdigen wissen, wenn die „Liberale Correspondenz“ erklärt,

dass der Ausgleich nicht in der Unterwerfung des einen Theils unter den anderen bestehen und weder in der Form noch in der Sache von einer solchen Unterwerfung die Rede sein kann.

Was das unter den gegenwärtigen Verhältnissen bedeutet, bedarf weiter keines Wortes: Die parlamentarische Fraktion der Freisinnigen wird sein ohne Diktatur eines Einzelnen, oder — sie wird nicht sein.

Wir überlassen es vertrauensvoll den freisinnigen Fraktionstagsmitgliedern, den geeigneten Weg zur Ausgleichung der Differenzen zu suchen. Nachdem das Central-Comité von dem Herrn v. Stauffenberg berufen ist, wird sich hier das weitere finden, obgleich die engere Frage nach der Wahl des Giebener-Ausschusses selbst unseres Erachtens durchaus nicht vor das Central-Comité, sondern vor den Dreizehner-Ausschuss gehört. Aber nachdem namentlich dank des Vorgehens der „Freisinnigen Zeitung“ und des Abg. Richter die Dinge soweit gediehen sind, wie sie sind, muß naturgemäß hier die entscheidende Aussprache erfolgen.

Bis dahin möge man sich bescheiden; bis dahin sind auch die Kundgebungen gegenstandslos, die aus verschiedenen freisinnigen Vereinen und Comités in dieser Angelegenheit veranstaltet worden sind. Die „Frei. Abg.“ des Herrn Richter registriert zwar auch heute wieder eine Reihe von solchen Kundgebungen und Resolutionen, die sich in Lobeszeugnissen für den Abg. Richter ergehen und das Begehrungen an die Partei richten, ihn an der Spitze des Giebener-Ausschusses zu lassen. Der Eindruck derselben sowohl nach rechts als nach links wird um so weniger überschätzt werden dürfen, als der Zusammenhang zwischen der Errichtung mancher solcher Kundgebungen und dem dazu mehr oder weniger direkt auffordernden Verhalten der „Freisinnigen Abg.“ resp. des Abg. Richter unverkennbar ist. Es kommt noch ein

zu Ehren des Vorstandes für das Schützenfest und die Maifeste statt.

Das Colosseum, das Forum und das Capitol waren festlich erleuchtet, aber leider wurde auch hierbei ein Eintrittsgeld (1 L.) erhoben, und ganz unrecht hatten die armen Leute nicht, wenn sie sagten: „Für uns war doch nichts bei den Maifesten!“ Umsonst konnten sie nur den Fackelzug sehen! Auch am Sonntag Abend fand ein solcher, d. h. mit Laternen statt; einige tausend Personen begaben sich nach dem Quirinal, um dem Königs-paar eine Huldigung darzubringen, wie mit einem Zaubertrank wurde der Platz bengalisch erleuchtet, während die Majestäten auf dem Balcon erschienen, dann ging der Zug nach dem Palazzo Lazzaroni, um dem Präsidenten des Schützenfestes ein Hoch zu bringen.

Dem ursprünglichen Programm nach hätten nun die Maifeste mit dem Preischießen am Sonntag ihren Abschluß finden sollen; aber das Volksfest in der Villa Borghese musste doch nachgelegt werden, und das geschah am Montag den 20. bei herrlichstem Sommerwetter. Die Villa Borghese mit ihre weiten Rasenflächen und schattigen Baumgängen eignet sich vorzüglich zu einem Volksfeste; vor allem aber bietet la Plaza die Siena (so genannt, weil der ungeheure Platz dieselbe Größe hat, wie der Marktplatz in Siena) mit seinem Amphitheater den denkbaren besten Platz für öffentliche Schauspiele. Da standen denn auch die Kletterstangen, hier Bäume aus Schlaraffenland genannt, mit ihren nicht eben üppigen Gaben — da stand der sogenannte Eiffelthurm, zu dem ein Akrobaten spiralförmige Bahn auf einer Kugel hinunterklomm, da war das Seil gespannt zum „Übergang über den Niagara“, der durch grünen Rosen dargestellt ward, und den Umkreis der riesigen Ellipse umkreisten im Wettkauf die

## Rom während der Maifeste.

(Schluß.)

Am Sonnabend, den 17., gab der Baron Lazaroni den Schützen zu Ehren ein großes Mahl im Hotel de Rome, bei dem er eine begeisterte, oft von lautem Beifall unterbrochene Rede hielt; als Haupt des römischen Schützenvereins brachte er ein Hoch auf Italien, den König und das Heer aus. Am selben Abend zu später Stunde fand ein feierlicher Empfang der Schützen im Verein der Presse statt, bei dem sich aber die Mitglieder der Stampa und die von ihnen eingeführten Gäste wohl am meisten belustigt haben. Wir kamen erst nach 11 und wurden von Bonghi, dem Präsidenten, der wie ein Jungling mutter hin- und her lief, mit den Worten begrüßt (französisch gesprochen): „Ein guter Einfall, so spät zu kommen! Sie sind noch nicht da!“ Sie waren die französischen Schützen und ihnen zu Ehren redete Bonghi auch schon mit uns französisch. Endlich gegen Mitternacht kamen sie, aber nicht in großer Zahl, und etwa ein Dutzend Stimmen riefen: „Vive la France!“ und von vielen Seiten wurde geklatscht.

Die als Norma hochgefeierte Sängerin Damerini hatte schon vorher zur Verherrlichung des Abends durch ihren schönen Gesang das Beste geladen, nun sang sie noch eine Arie, und dann wurden die Stühle fortgeräumt und zum Tanz aufgespielt. Der Lichthof war hübsch erleuchtet, und von dort aus sah man am besten dem Tanz im hellen, überfüllten Saal zu. Die Franzosen schienen sich nicht dabei zu begeistern. Überhaupt schienen die Schützen müde, wer wollte ihnen das verdenken, nach einer solchen Reihe von Festtagen, bei der glühenden Maiensonne, der sie doch vielfach ausgefeiert waren und die auch die bedeckte Schiekhalle mit der Zeit durchwärmte.

Leuchtend strahlte sie am Sonntag, den 19., zum großen Tage, der den Abschluß des Schützenfestes bildete, la Gara reale, einen Abschluß, wie er glänzender nicht gewünscht werden konnte. Das weite Feld der Farneina bot einen unbewreiblich großartigen, prächtigen Andblick; schon der Weg dahin war nichts als ein wogendes Menschenmeer. Man meint, etwa 150 000 Menschen seien hinausgestromt. Es hieß, es sollten nur (!) 4000 Billets ausgegeben und streng Ordnung beobachtet werden. Die Überfüllung war noch größer als am Tage der Eröffnung, die Ordnung ließ vielleicht etwas weniger zu wünschen übrig wie damals. In der Schiekhalle standen, um ihre Fahnen geschart, sämtliche in- und ausländischen Schützen. Man sieht wohl selten so schöne und so zahlreiche Fahnen wie in Italien, sie bilden bei allen Aufzügen den wirkungsvollen Schmuck.

Der weite Umkreis des Schiekhofes war von Truppen umgeben. Die Damen vom Festausschuß waren vollständig in eleganter Toilette erschienen. Die Spalten der Behörden, Minister, Senatoren, Abgeordnete und viele Herren vom diplomatischen Corps in glänzenden Uniformen füllten den königlichen Empfangssaal.

Um vier Uhr verkündeten Fanfarenkämpfe das Nahen der Majestäten. Das Königspaar fuhr diesmal zusammen in offenem Wagen mit Vorreitern in rother Tracht, der König in Uniform, die Königin in weiß mit Gold, dazu einen weißen Hut mit wallenden Federn. Ein zahlreiches Gefolge begleitete die Majestäten.

Um 4½ begann das Wettschießen, welches nur etwa 20 Minuten dauerte. Ein Genuese, Filippo Celesta, gewann den ersten Preis (48 Schüsse): eine goldene Medaille vom Kriegsministerium, ein

silbernes Kasseeservice vom König und eine Gevers-vase von der französischen Regierung.

Den zweiten Preis: goldene Medaille, Gabe der

Damen von Florenz, und eine Reisetasche mit Silbereinrichtung von Sr. Majestät dem König gewann Taddeo Galilei (mit 44 Schüssen) aus Castel Fiorentini.

Den dritten: goldene Medaille der Stadt Norcia,

silbernes Schreibzeug, Gabe des Königs, Giovanni

Barbara aus Palermo.

Diesen Preisgekrönten zunächst stand als vierter ein Schweißer, als fünfter ein französischer Schütze.

Der König schritt mit der Königin die Reihe der Schützen ab, unterhielt sich mit verschiedenen An

Grund hinzu, um die Zwecklosigkeit, daß die Wähler mit Resolutionen etc. in dieser Sache Partei nehmen, fraglos erscheinen zu lassen. Durch die bisherige Discussion in den Zeitungen sind die Wähler nur unvollständig informiert worden; es fehlt noch eine zureichende Aufklärung namentlich über die Vorgänge, die der Wahl des Dreizehnerausschusses selbst vorhergingen. Wenn dieselbe, wie wir annehmen, von der interessirten Seite gegeben wird, so dürfte auch das Verhalten derjenigen Seite, die sich jetzt als die gebräunte hinstellt, in einigermaßen anderem Lichte erscheinen.

Wenn übrigens die „Frei. 3g.“ vor ein paar Tagen demonstrativ hervorholte, daß von freisinnigen Provinzialzeitungen nur die „Aeiler Zeitung“ und die „Danziger Zeitung“ in der Sache gegen Herrn Richter Partei nahmen, so war dies in zweifacher Hinsicht unrichtig. Wir selbst hatten uns bisher im wesentlichen darauf beschränkt, die Stimmen anderer Presseorgane zu registrieren, und uns sonst mit Ausnahme von dem Falle des Angriffs gegen den „Bankdirektor“ Schrader seitens der „Frei. 3g.“ ziemlich reservirt verhalten. Indessen — sunt certi denique fines; und wenn die „Frei. 3g.“ ohne jede Rücksicht auf das Wohl der Partei und unter brüscher Zurückweisung jedes versöhnlichen Wortes fortfährt, einseitig das Interesse der einen Seite zu vertreten, so muß nachgerade die Reserve und Geduld auch auf der anderen aufhören. Aber es haben sich auch noch manche andere freisinnige Provinzialblätter gegen die „Frei. 3g.“ erkämpft. So schreibt neuerdings der freisinnige „Dienstleiter Anzeiger“:

„Diese Ausageungen zeigen allerdings, daß der Streit bereits einen ungewöhnlichen Grad von Schärfe angenommen hat. Insbesondere die Erklärung des Abg. Richter kann fast als ein Ultimatum angesehen werden. Richter fordert die Entscheidung der Parteigenossen im Lande, also ein Parteiblebiscit. Aber hat der Herr Abgeordnete auch bedacht, daß eine Parteinaufnahme für ihn zugleich eine Parteiannahme gegen die besten Männer der freisinnigen Partei, wie Forchenbeck, Bamberger, Richter, Hänel u. s. w. sein würde? Diese Männer haben dasselbe Recht auf Beachtung wie Herr Richter. Wir können daher gegen den Abg. Richter nur die Anklage erheben, daß er es jetzt versucht, einen Keil in die freisinnige Partei zu treiben. Und nur das Selbstbewußtsein des hrn. Richter ist es, das ihn auf diesen Abweg getrieben. Das Selbstbewußtsein, das sich darin offenbart, daß er das Ergebnis einer auf seinen Antrieb und in ganz regelrechter Weise vorgenommenen Wahl nicht zu respectiren vermag, treibt Herrn Richter, daß er gegen dieselbe protestirt. In einer Wahl gibt sich der Wille der Mehrheit kund, und diesen Willen hat vor allen Dingen ein freisinniger Mann zu respectiren. Wenn Herr Richter beanprucht, der geborene Vorstehende des Giebener-Ausschusses auf Lebenszeit zu sein, wo zu dann überhaupt eine Wahl? Die Parteigenossen im Lande“, deren Entscheidung der Abgeordnete Richter unmöglich Weise und, wie wir hoffen, vergeblich anstrebt, wünschen nicht den Austritt Richters aus der freisinnigen Partei; sie schätzen seine großen Vorzüge. Ebenso steht aber, daß die Gründe, welche die Herren Forchenbeck, Bamberger u. s. w. jetzt zu ihrer Stellungnahme gegen Richter veranlaßten, bei der Partei im Lande starke Zustimmung finden. Bei sehr vielen Gelegenheiten ist das Auftreten des Abg. Richter auch von den Parteigenossen im Lande recht peinlich empfunden worden, und namentlich ist es das unschöne Treiben der „Frei. 3g.“, das allgemeinen Unwillen erregt. Kann denn Herr Richter nicht auf die eigene Partei so viel Rücksicht nehmen, daß er die seit Jahr und Tag allgemein empfundene Unzufriedenheit beseitigt?“

In Erwiderung auf die neulichen Erklärungen des Abg. Richter in der „Frei. 3g.“ kommt die freisinnige, früher fortschrittliche „Aeiler 3g.“ auf die Gründung der freisinnigen Partei zurück und schreibt:

„Die Stunde kam, wo — schon 1884! — Herr Richter selbst Herrn Hänel erklärte, mit der einseitigen Fraktionspolitik ist es zu Ende; sie ist der politischen Lage nicht mehr gewachsen. Da schickte Herr Richter Herrn Hänel vor, um die Verhandlungen mit den Sezessionisten einzuleiten, d. h. um mit dem Theil der Nationalliberalen, der zu dem Defensiv- und Offensivbündnis gegen die Reaction bereit geblieben war, das Bündnis anzubauen, das die „freisinnige Partei“ entstehen ließ.“

Nach einem Rückblick auf das bisherige Verhalten des Abg. Richter und der „Frei. 3g.“ fügt die „Aeiler 3g.“ fort: „Das Unglück will es, daß die ganze Verantwortlichkeit für die Haltung der „Frei. 3g.“ ausschließlich und allein auf hrn. Richter fällt. Das heißt auf den Mann, dessen hervorragende Talente, dessen Verdienste um die liberale Sache auch seine Gegner nicht leugnen und dem kein Parteigenosse den Anteil an der Führung der Partei, der ihm gebührt, verweigert. Aber gerade darum muß es gesagt werden, daß die Methode der Bekämpfung der Parteigenossen, der Vertheidigung der eigenen Meinung, die Herr Richter mit der „Freisinnigen Zeitung“ vertritt und in die Organisation der Partei hineinträgt, mit innerer Notwendigkeit zur Sprengung, wir sagen nicht der Partei

Butteri (Compagnahirten) auf ihren flinken, widerstandsfähigen Pferden, die „Amazonen“ aus dem Circus und die der Antike nicht gerade glücklich nachgebildeten Zweigespanne, mit den „antiken Römern“ als Rosselenkern. Santa Paoline müßte auch hier den Vorfall führen, denn die Schaustellungen folgten in langen Pausen auf einander. Das Hauptvergnügen für uns war der Anblick des riesigen Platzes, Kopf an Kopf von vielen Tausenden umringt, und das bunte Leben und Treiben der Menge. Da gingen wandernde Händler mit Erfrischungen und Cigarren unermüdlich durch die Menge: Ecco il cigarillo! — Acqua fresca! chi beve? ruft der Limonadenverkäufer — und wer trinkt nicht bei der Hitze. Tamarinta! bevande eccellente! Schreit ein anderer und traut sich Tamarindensaft in klares Wasser. Un soldo! un soldo il bicchierino! Am eifrigsten ist der Brustolino, der gedörrte Kürbiskerne anbietet: Brustolino! brustolino! un soldo il cartuccio! (Tüte) il cartuccio un soldo! con un soldo si passa due ore! passatempo! passatempo! Allerdings dürfte man an einer solchen Tüte zwei Stunden zu knabbern haben, daher der Name passatempo (Zeitvertreib). Weiterhin unter den hohen Schattenbäumen sind kleine Zelte und Buden aufgeschlagen, wo Wein, Bier, Gajosa und Limonade geschänkt wird, da führen die Leute in malerischen Gruppen herum oder lagern sich im duftigen Heu, alle seelenvergnügt, gestiegen in ihrer Fröhlichkeit und äußerst mögig im Genuss. Ein beschämendes Beispiel für manches anderes Land bei Volksfesten! Mit dem ihm angeborenen Taktgefühl kehrt der Italiener bei solchen Gelegenheiten gerne seine besten Seiten hervor. Schmuck und nett sahen die Leute aus, Frauen und Mädchen schön herausgeputzt bei

— denn diese besteht unantastbar durch ihr Programm — wohl aber der Fraktion der freisinnigen Partei führen muß. Da wir stehen nicht an, das offene Geständnis abzulegen, daß die Verschärfung des Auftretens der „Frei. 3g.“ gegen jede abweichende Meinung in den letzten Zeiten uns ganz allein unter der Voraussetzung verständlich ist, daß es seit geräumer Zeit die Absicht des hrn. Richter ist, die ihm persönlich nicht zugänglichen Elemente von der Partei abzusprennen.“

Diesen Eindruck dürfte in der That wohl jeder gemessen, der das Auftreten der „Frei. 3g.“ aufmerksam beobachtet hat, und es kommt die charakteristische Thattheit hinzu, daß die „Frei. 3g.“ von diesem Artikel der „Aeiler 3g.“ zwar Noth nimmt, gerade die wichtige Schlussfolgerung aber von der Absicht Richters auf Herausdrängung der ihm nicht zugänglichen Elemente nicht wiederholt und auch nicht gegen dieselbe protestirt. Ist diese Unterlassung mit oder ohne Absicht geschehen? Geht es freilich, bemerkt des weiteren die „A. 3.“, „nach dem Sinne der „Freisinnigen Zeitung“, so ist der Bruch schon heute vollzogen.“ — Nun, wir hoffen, daß es nicht nach dem Sinne dieses Berliner Blattes geht.

**Der vierte Verbandstag der deutschen Berufsgenossenschaften**  
gestern in Straßburg i. E. unter dem Vorsitz des Commerzienrats Richard Roetke aus Berlin zusammen. Die Versammlung wurde im Namen der Stadt Straßburg durch den Bürgermeister Back begrüßt. Als Vertreter des Reichsversicherungsamtes war Präsident Dr. Boediker, als Vertreter der Regierung Bezirkspresident v. Freyberg und Frhr. Reichlin v. Meldegg erschienen. Nach Erstattung des Geschäftsberichts durch den Vorsitzenden wurde auf Antrag des geschäftsführenden Ausschusses die Errichtung einer Centralstelle zur Arbeitsvermittlung für invalide Arbeiter beschlossen. Director Wenzel (Berlin) referierte über die Durchführung einer Lohnstatistik seitens der Berufsgenossenschaften. Der Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Boediker stimmte dem gemachten Vorschlage warm zu, glaubte aber den Berufsgenossenschaften das Vorgehen hierzu selbstständig überlassen zu müssen. Director Max Schlesinger (Berlin) referierte über die Errichtung von Unfall-Krankenhäusern und Rekonvalescenten-Häusern für verletzte Arbeiter. Der Ausführk wurde ferner zu weiteren Schritten für die Errichtung einer Pensionskasse für die Beamten der Berufsgenossenschaften ermächtigt. Nach Erledigung der die innere Verwaltung der Berufsgenossenschaften betreffenden Gegenstände der Tagesordnung wurde als Ort des nächsten Verbandstages München gewählt.

**Im englischen Unterhause**  
gab gestern der Unterstaatssekretär Fergusson auf eine Anfrage folgende Erklärung ab: Ueber die jüngst von Stanley aufgestellte Behauptung, daß die Deutschen in Afrika ungehindert den auf britischem Gebiete befindlichen Eingeborenen 10 000 Stück Kindvieh weggenommen hätten und daß gegen diese Viehwegnahme auch keinerlei Vorstellung erfolgt sei, wäre der Regierung keinerlei Mitteilung zugegangen. Ebenso wenig habe die britische Regierung irgendwelches Gebiet an Deutschland abgetreten.

**Englische Anschaungen über die russische Politik.**

Nach einem uns aus London zugehenden Bericht hat man in dortigen diplomatischen Kreisen dem Gerede von einer Erhaltung der Beziehungen zwischen Frankreich und Russland und einer Annäherung letzterer Macht an Deutschland um so geringere Beachtung geschenkt, als gerade jetzt Gerüchte kursieren, welche Russland die Absicht zuschreiben, demnächst seiner Orientpolitik einen aktiveren Charakter zu geben. Diesen Gerüchten zufolge wolle Russland seine feindliche Haltung gegenüber Bulgarien aufgeben und sein Augenmerk ausschließlich auf das Schwarze Meer und Konstantinopel konzentrieren. Allerdings werden auch diese Gerüchte in den englischen diplomatischen Kreisen mit größtem Skepticismus aufgenommen, ohne daß sich aber die leckeren der Erkenntnis verschlossen, daß eine derartige Aenderung der russischen Politik für England höchst gefährlich werden könnte, indem Russland, um einen Zusammenstoß mit Österreich-Ungarn und eventuell Deutschland zu vermeiden, nicht nur seine Absichten auf Bulgarien, sondern auch auf Konstantinopel aufzugeben genötigt wäre, so daß ihm dann bloß Asien als Object seiner politischen und militärischen Unternehmungen übrig bliebe.

#### Deutschland.

**St.-C. Berlin, 8. Juni.** Der Staatssekretär des Reichspostamts, Exz. v. Stephan, ist von Urlaub hier eingetroffen und hat die Leitung der Ge-

näherer Betrachtung sind die Stoffe oft grob und lose, auch die Sauberkeit manchmal fragwürdig — aber die Farben sind lebhaft, die Form gefällig, alles hat einen gewissen Schick. Es ist eine Lust, sich unter diesem Volksleben herumzutreiben!

Um 6 Uhr erschienen die königlichen Herrschaften, begaben sich aber sofort in den Privatgarten, wo alsbald das Kinderfest begann. Die kleinen fuhren im niedlichen Gondeln auf dem großen Teich herum, auf dem Rasen wurde der Saltarello im Nationalkostüm getanzt. Hier versammelte sich aber nur die feinere Gesellschaft, denn es kostete ja noch 2 Lire Eintritt. — in die Villa kam jeder Fußgänger für 1/2 Lire, nur die abgeschlossenen Sitze kosteten 3 Lire.

Aber für uns arme Leute war es doch wieder nichts, unser eins verdient ja oft nur 1/2 L. den Tag! — sagte uns dieselbe Frau aus dem Volke, wie neulich schon, und das klang traurig. Nach den Erfahrungen beim Karneval aber in den letzten Jahren wäre es doch bedenklich gewesen, die Villa ganz ohne Eintrittsgeld zu öffnen. Der Fürst Borghese gehört zu denen, welche sich um die Maienfeste hervorragende Verdienste erworben haben, da er seinen schönen Park und die prächtigen Säle des Casino so großmuthig dazu hergab.

Im ganzen kann man auf die Feste als ein sehr gelungenes Unternehmen zurückblicken; sie haben vielen Tausenden Freude bereitet und unzählige Fremde, wenn auch nicht vorwiegend Ausländer, nach Rom gelockt. Ob sie dem Handel und Gewerbe der Stadt einen besonderen Aufschwung gegeben, ist eine andere Frage; indes das erwartete man ja auch vorzüglich von der Ausstellung.

Th. H.

schäfte seines Reviers in vollem Umfang wieder übernommen.

\* **Zur Kaiserreise nach England** erfährt die „St. James Gazette“, daß Kaiser Wilhelm während der ersten Woche des August der Gast der Königin in Osborne, auf der Insel Wight, sein wird. Der Kaiser gedenkt London nicht zu besuchen, sondern werde die Fahrt von Deutschland nach Cowes auf seiner Yacht „Hohenzollern“ unternehmen.

L. Berlin, 3. Juni. Die Arbeiterschutzcommission des Reichstages hat heute ihre erste sechsstündige Sitzung abgehalten. Als Vertreter des Bundesrats waren Minister v. Bötticher und Minister v. Berlepsch sowie Geh. Ober-Reg.-Rath Lohmann anwesend; als Kommissare die Geh. Räthe Hoffmann, Dr. Wilhelm und Königs. Eine Generaldiscussiion fand nicht statt. Dagegen beschloß die Commission zwei Lejungen vorzunehmen. Die Commission trat alsdann in die Beratung der Bestimmungen betr. die Sonntagsruhe ein. Der § 105 der Gewerbe-Ordnung, wonach die Festung der Verhältnisse zwischen den selbständigen Gewerbetreibenden und den gewerblichen Arbeitern vorbehaltlich der durch Reichsgesetz begründeten Beschränkungen Gegenstand freier Uebereinunft ist, hat die Regierungs-Vorlage unverändert übernommen. Derleb wir nach kurzer Discusion unverändert angekommen. § 105a der Regierungs-Vorlage lautet:

„Zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen können die Gewerbetreibenden die Arbeiter nur insofern verpflichten, als es sich um Arbeiten handelt, welche nach den Bestimmungen dieses Gesetzes auch an Sonn- und Festtagen vorgenommen werden dürfen. Welche Tage als Festtag gelten, bestimmen unter Berücksichtigung der örtlichen und confessionellen Verhältnisse die Landesregierungen.“ (Das Geplante ist die neue Formulirung der Regierungs-Vorlage.)

Nach kurzer Discusion wird der erste Satz mit 12 gegen 12 Stimmen abgelehnt, Absatz 2 fast einstimmig angenommen. § 105 b. al. 1 der Regierungs-Vorlage wird unter Annahme von Abänderungsanträgen der Abg. Hitz und Schmidt-Ebersfeld in folgender Fassung einstimmig angenommen:

„Im Betriebe von Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Brüchen und Gruben, von Hüttenwerken, Fabriken und Werkstätten, von Zimmerplänen und anderen Bauhäusern, von Werften und Siegeleien, sowie bei Bauten aller Art dürfen Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden. Die dem Arbeiter zu gewährende Ruhe hat für jeden Sonn- oder Festtag mindestens 30, für das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest 60 Stunden, in sonstigen Fällen für zwei aufeinanderfolgende Sonn- und Festtagen 48 Stunden zu dauern. Die Ruhezeit hat am vorhergehenden Werktag frühstens um 6, spätestens um 12 Uhr Abends zu beginnen.“

Von der Regierungs-Vorlage unterscheidet sich dieser Beschluss dadurch, daß die den Arbeitern zu gewährende Ruhe für jeden Sonn- oder Festtag nicht 24 Stunden, sondern „mindestens 30 Stunden“, für das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest (des Neujahrsfest wird im Gegensatz zur Regierungs-Vorlage nicht berücksichtigt) nicht 48 sondern 60 Stunden und in sonstigen Fällen für zwei aufeinanderfolgende Sonn- und Festtagen nicht 36, sondern 48 Stunden betragen soll. Nach der Regierungs-Vorlage sollte die Ruhezeit am vorhergehenden Werktag frühstens um 6 Uhr Abends, spätestens um 6 Uhr Morgens beginnen, nach dem Commissionsbeschluss soll die Ruhezeit spätestens 12 Uhr Abends beginnen. Die Fortsetzung der Beratung erfolgt morgen. Zum Referenten für das Plenum wird Abg. Hitz, zum Berichterstatter für die Petitionen der Abg. Schmidt-Ebersfeld gewählt.

\* **Oberbürgermeister Dr. Miguel** von Frankfurt hielt gestern Abend daselbst auf einem Festbanket zu Ehren der Frankfurter Senatoren v. Owen und Jäger eine Rede, in der er bezüglich der Gerüchte über seine Ministerkandidatur ausführte: er lese jeden Tag Dinge von sich in der Presse, von denen er selbst keine Ahnung habe, er habe darauf verzichtet, zu demonstrieren; der Presse gegenüber ziehe man immer den Kürzeren, man solle sich nicht verschwören für alle Zukunft. „Niemals“ zu sagen, sei Vermessenheit; aber er habe gar nicht den Wunsch, mehr zu werden, als er sei, denn seinem inneren Wunsche nach möchte er bis an sein Lebensende in Frankfurt bleiben.

\* **Ausgegebener Ungarnbesuch in Berlin.** Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Wir erfahren zu unserem Leidsten, daß ungarischerseits von der beabsichtigten Reise einer zahlreichen Gesellschaft von Ungarn nach Berlin Abstand genommen worden ist, und zwar soll dieser Beschluss im Folge der gehässigen Artikel gefasst worden sein, die in der „Neuen Preuß. Ztg.“ und in einem demokratischen Blatte („Volks-Ztg.“) erschienen sind und in Pest zweifel erregt zu haben scheinen über die Aufnahme, welche die ungarischen Gäste hier gefunden haben würden. — Es zeigt dies von einem vollständigen Verkennen der Stellung, welche die genannten beiden Blätter hier einnehmen, und des Einflusses, den dieselben ausüben. Die Stimmen, denen man in Ungarn leider Bedeutung beigegeben hat, haben in Deutschland kein Echo gefunden, sondern nur Kopfschütteln und Entrüstung erregt. Österreich-Ungarn ist der Freund Deutschlands und Österreichischer oder Ungarn, ob sie vereinzelt oder in Gruppen zu uns kommen, sollen stets sicher sein, in Freuden Land, aller Orten, wo man patriotisch fühlt, die gastfreundlichste Aufnahme zu finden.“

\* **Warnung vor Auswanderung nach Peru.** Wie das „Köl. Tagebl.“ von zuverlässiger Seite vernimmt, hat der aus Köln gebürtige, frühere preußische Staatsangehörige Göttinger Heinrich Hauß in Lima sich der peruanischen Regierung gegenüber verpflichtet, für die ihm von derselben in unbewohnten und der Colonisation ungünstigen Gegenden zugesicherten Ländereien Colonisten einzuführen. Da zu erwarten ist, daß derselbe in seiner Heimat-Provinz oder auch in weiteren Gebieten den Versuch machen wird, Auswanderer für Peru anzuwerben, so warnt das genannte Blatt dringend vor den Verlockungen, da dort die Colonisten nur dem Glende preisgegeben sind.

\* **Zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung.** Um den zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichteten Versicherungsanstalten eine Anleitung zur Aufstellung ihrer Statuten zu geben, sind im Reichsamt des Innern Vorschläge für die Fassung solcher Statuten ausgearbeitet worden. Dieselben werden heute vom Reichstag verlesen.

\* **Durchwendung im colonialen Dienste.** Der „Reichstag“ schreibt: „Es gehen bei dem Auswärtigen Amt andauernd zahlreiche Gefüsse um Berwendung im colonialen Dienst des Reiches ein. Dieselben können, wie schon wiederholt bekannt gemacht worden ist, bei dem Mangel an Vacanzen nicht berücksichtigt werden. Auch Anträge auf Erteilung von Auskunft über die Verhältnisse in den Schutzgebieten, sowie auf Beihilfe zur Auswanderung oder auf kostenfreie Beförderung nach denselben kann keine Folge gegeben werden.“

\* **Die Säbelkoppeln der Cavallerie und Artillerie** sollen demnächst unter dem Waffenrock getragen werden, und zwar aus dem Grunde, weil die Uniform dadurch bedeutend geschnitten wird und die teurere weiße Koppel durch eine einfache und in Folge dessen billigere ersetzt werden kann. Vorläufig ist wenigstens diese Änderung versuchsweise bei den beiden ersten Garde-Dragoner-Regimenten und bei der 3. und 8. Batterie des 1. Garde-Feldartillerie eingeführt.

Posen, 3. Juni. Das hiesige Domkapitel wählte den Weihbischof Dr. Lissowski zum Administratator der Diözese Posen.

Braunschweig, 3. Juni. Die Ausstellung patriotischer Erinnerungen an die Zeit von 1806—1815 wurde heute Mittag von dem Ministerpräsidenten Geheimrat Otto mit einer Rede feierlich eröffnet.

\* **Bremen, 2. Juni.** Im Laufe des Sommers hat Bremen den Besuch einer größeren Anzahl deutscher Seeleute zu erwarten, welche auf Anregung der Section für Küsten- und Hochseefischerei die Fischerei-Ausstellung besichtigen werden. Die Section für Küsten- und Hochseefischerei beabsichtigt, im Juli d. J. einen zweiten Fischertag — der erste fand vor einigen Jahren in Bremerhaven statt — nach Bremen zu berufen, es sollen wichtige, die deutsche Fischerei berührende Fragen auf Grund von Referaten zur Erörterung kommen.

#### Frankreich.

**Paris, 3. Juni. [Députirienkammer.]** Bei der fortgesetzten Beratung des Antrages betreffend die Festsetzung des Maisolles auf 3 Frs. erklärte der Minister des Ackerbaues, daß die Regierung den Antrag annahme. Dette (Freihändler) verlangte die Vertagung. Die Kammer lehnte diese mit 849 gegen 185 Stimmen ab und beschloß die Beratung am Donnerstag fortzusetzen. (W. L.)

#### Rußland.

Petersburg, 3. Juni. Bei dem Kronprinzen von Italien fand heute Nachmittag um 4 Uhr Empfang des diplomatischen Corps statt, zu welchem alle hier anwesenden Botschafter und Gesandten in großer Uniform erschienen waren. Der Empfang dauerte etwa eine Stunde. (W. L.)

#### Von der Marine.

\* **Die Kreuzerfregatte „Leipzig“** (Commandant Capitän z. S. Plüddemann), mit dem Chef des Kreuzergeschwaders, Contre-Admiral Valois an Bord, ist am 3. Juni cr. in Hongkong eingetroffen, erklärte der Minister des Ackerbaues, daß die Regierung den Antrag annahme. Dette (Freihändler) verlangte die Vertagung. Die Kammer lehnte diese mit 849 gegen 185 Stimmen ab und beschloß die Beratung am Donnerstag fortzusetzen.

Der Kreuzer

\* Handgepäck auf Eisenbahnen. — Bisafach wird Klage darüber geführt, daß einzelne Reisende von der Kleinigkeit der Unterbringung von Handgepäck in den Personenzügen der Eisenbahnen einen ungünstigen, die Mitfahrenden belästigenden Gebrauch machen, indem nicht nur die in den Wagen angebrachten Gepäckhalter in einem größeren als dem Sitzplatz der betreffenden Reisenden entsprechenden Umfang benutzt, sondern auch die Sitzplätze mit Gepäck belegt werden. Höheren Orts ist auf Grund einer dahin gehenden Bescheinigung entschieden worden, daß in streitigen Fällen jeder Reisende nur den Anteil des über den Sitzen angebrachten Gepäckhalter zur Lagerung von Handgepäck benutzen darf, welcher der Größe des dem Reisenden zustehenden Sitzplatzes entspricht, und das Belegen von Sitzen mit Gepäckstückchen als unzulässig nicht zu gestatten ist.

\* Die Bücherei- und Vorlesersammlung des gewerblichen Centralvereins für Westpreußen im Danzig, Döpvensasse 52 (während des Sommerhalbjahrs geöffnet Dienstag und Freitag von 5—7 Uhr Nachmittags und Sonntag 10—12 Uhr Vormittags) wurde im Monat Mai an 12 Besuchstagen von 33 Personen (12 Männer, 21 Frauen) besucht. An 21 Personen wurden 121 Objekte im Werthe von 195 Mark verliehen. Die Zahl der in 22 Räumen nach dem Material vertheilten Vorlesebücher ist auf 5871 in diesem Monat gestiegen. In die Bücherei-Sammlung wurde neu eingereicht der 3., 6., 12. Band des Mälzerjournals mit 48 farbigen Blättern. Ein Grüner der Sammlung hat zwei kostbare Werke im Leininger des Vereins zur Ansicht ausgelegt: 1. 117 photographische Aufnahmen aus der Dresdener Ausstellung alter künstlerischer Gegenstände des Jahres 1875; 2. L'Architecte privée au XIX<sup>e</sup> siècle, nouvelles maisons de Paris et des environs par M. César Daly.

\* Der Kriegerverein „Borussia“ wählt in seiner gesetzten General-Versammlung Herrn Landes-Director Jäckel zum ersten und Herrn Kaufmann Mansfeld zum zweiten Vorstand. Außerdem wurde beschlossen, durch Deputationen an den Fahnenweihen in Barthaus und Pelpin sich zu befehligen. Das diesjährige Sommerfest soll am 6. Juli im Café Köhnel vor dem Petershager Thor gefeiert werden.

\* Ertrunken. — An Bord der Straßburger Brigg „Carl“, Capitän Lasson, fiel auf der Reise von Emden nach Danzig am 12. Mai cr. der Matrose Götzen aus Hamburg, welcher z. B. beim Anker beschäftigt war, über Bord und ertrank. Die Verhandlung über diesen Unfall findet in den nächsten Tagen vor dem hiesigen Gesammt statt.

\* In Betreff der Trinkerheilstalt für Westpreußen teilt uns Herr Pfarrer Dr. Kindtfeisch-Truttmann mit, daß er in seinem Referat über dieselbe auf der Versammlung in Neustadt nicht gesagt habe, daß sich unbedingt mit derselben eine Arbeitserkolonie verbinden müsse, vielmehr habe er nur von der Möglichkeit einer solchen Verbindung gesprochen.

[Polizeibericht vom 4. Juni.] Berichtet: 4 Obdachlose, 2 Bettler, 1 Dirne. — Gestohlen: 27 Pfund Räse, 1 goldene Damenuhr, 1 silberne Ankeruhr, 45 Mk., eine silberne Cylinderuhr mit Schlüssel, 2½ Pf. Pferdehaar.

k. Sopot, 4. Juni. Die Torpedoboats-Flottille hielt gestern den Tag über größere Übungen auf der Rhee ab und vereinigte sich Nachmittags um das vor unferem Geestege liegende Flottentrich, den schlanken Aviso „Blitz“. Als der, gestern ausnahmeweise milde Abend mit seinem freilich nur kalendermäßigen Vollmondtheim hereinbrach, entspann sich dort ein interessanter kleiner Seekrieg. „Blitz“ wurde von dem ganzen Schwarm der flinken Trabanten, die er sonst zu hüten und anzu führen hat, wiederholst recht heftig überfallen und mußte sich tüchtig seiner Haut wehren. Die zahlreichen Salven aus kleinster und auch etwas größerem Geschütz, welche fast eine Stunde lang über das Meer hallten, sprachen deutlich für den Ernst und die Säigkeit des Geplänkels mit der kleinen Armada, deren Anwesenheit dem Zuschauer vom Strand aus nur in den prächtigen Sichteffekten der zahlreich aufgelassenen Raketen und intensiv strahlenden meergrünem Leuchtugeln wahrnehmbar war. Bald nach 10 Uhr erreichte das bilderrreiche Kampffeld sein Ende.

\* Die durch Pensionierung ihres bisherigen Inhabers rledige Stelle des hgl. Rentmeisters der Kreishasse zu Marienburg ist dem Rentmeister Becker in Heinrichswalde verliehen und die Verwaltung der Kreishasse in Heinrichswalde dem Kreissekretär Liedtke zu Goldap übertragen. Der Gymnasiallehrer Dr. Fischer zu Königsberg ist zum Oberlehrer befördert worden.

(—) Aulm, 3. Juni. Heute Vormittag fand die Einweihung des mit einem Kostenaufwand von 11000 Mk. leider in einem toden Winkel der Stadt erbauten neuen Knabenknüpfhauses statt. Die Mitglieder des Magistrats, der Stadtverordneten-Versammlung und der Schuldeputation, sowie der ständige Commissarius der hgl. Regierung, Herr Kreisguts-Inspector Dr. Cunnewitz, der geladenen Gäste, unter denen sich Landrat Hoene, Gymnasialdirektor Dr. Itgen, Rector Dr. Dabel und die seitliche Pfarrer Zimmermann, Dr. v. Poblocki befanden, begaben sich mit dem Schülerteiger zum neuen Schulhause, woselbst die Musikkapelle einen Choral blies und demnächst der bauteilende städtische Beamte, Maurermeister Kunze mit kurzer Ansprache dem Bürgermeister Pagels den Schlüssel des Hauses über gab. In der Aula selbst vollzog sich nach vorangegangenen Gefängen und Vorträgen der Schüler der Weiheakt. Bürgermeister Pagels hielt die Weiherede, in welcher er zugleich in ehrender Weise deren gedachte, die beim Bau des Hauses mitgewirkt und in ungehemmlicher Weise ihre Zeit den Interessen der Stadt geopfert haben, übergeb demnächst den Schlüssel des Hauses dem Rector Kalluhn mit der Wissung, nunmehr in diesem Hause im Verein mit den ihm unterstellten Lehrern treuerlich seines Amtes zu walten. Rector Kalluhn übergab das Haus mit einer längeren Ansprache, in der er im Namen seiner und der ihm untergestellten Lehrer versprach, die Jugend Kunze, die ihm anvertraut sei, stiftlich zu geben und zu braven Menschen zu erziehen. Hierauf sangen die Lehrer einen Psalm und die Schüler das Lied „Herr deine Güte reicht so weit“. Ein allgemeiner Gefecht bildete den Schluss der würdig verlaufenen Feier, nach welcher sich die meisten Fechtteilnehmer im „Schwarzen Adler“ zu einem Frühstück vereinigten.

Kulmsee, 2. Juni. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich hier in vergangener Woche. Ein Besitzer war von der Jagd zurückgekehrt und gab das Gewehr seinem 10jährigen Sohn, um es in die Stube zu tragen. Der Knabe mußte wohl unvorsichtig mit demselben umgegangen sein, denn es entlud sich und tödete eine in der Nähe befindliche Insefrau, während eine zweite schwer verletzt wurde. (R. J.)

Königsberg, 3. Juni. Der Vorstand der hiesigen Fleisch-Innung hatte Ende April eine Petition an den Reichskanzler gerichtet, zu gestatten, daß lebende Schweine aus Russland zu sofortiger Schlachtung in den Schlachthäusern zu Gumminen, Insterburg oder Königsberg eingebroacht werden dürfen. Hierauf ist von dem Minister für Landwirthschaft dem Verein eröffnet worden, daß die Einfuhr von lebenden Schweinen aus Russland wegen der dort herrschenden Viehseuchen zur Zeit nicht gestattet werden könne. — Der hiesige Central-Verein der Gesswirthe hat beschlossen, in An betracht der hohen Fleischpreise die Preise der Speisen um 20 Prozent zu erhöhen.

\* Zur Vergebung der Nutzung des staatlichen Berneckerregals im Kurischen Haff auf den 21. April d. J. angezeigt gewesene Beliegerungsmerkmale ist fruchtlos geblieben, da in demselben annehmbare Gebote nicht abgegeben worden sind. Die Regierung zu Königsberg hat daher einen neuen Termin auf den 14. Juli anberaumt. Zum Bieten werden nur solche Unternehmer zugelassen, welche bis zum 5. Juli d. J. dem mit der Abhaltung des Beliegerungsmerkmals beauftragten Regierungsrathen Anteile den Nachweis über den eigentümlichen Besitz eines verfügbaren Vermögens von einer Million Mark führen.

▼ Insterburg, 3. Juni. Gestern stürzte während der Übungen der Ulanen der Premier-Lieutenant Maak

mit seinem Pferde so unglücklich über den Boden, daß er nicht mehr im Stande war, sich selbst aufzurichten. Die ganze Escadron, welche unmittelbar hinter ihm folgte und daher den Lauf der Pferde nicht mehr hemmen konnte, riß über ihn hinweg. Herr M. erlitt am Kopfe und Gesicht so schwere Verlebungen, daß er nur im Wagen seiner Wohnung gebracht werden konnte. — Das ostpreußische Gütenbuch für edles Halsblut weiß nunmehr bereits 1827 Nummern auf. Bei der letzten Beiratsschau des landwirtschaftlichen Centralvereins für Litauen und Masuren wurden allein 132 Pferde eingetragen.

### Bermischte Nachrichten.

AC. Newyork, 1. Juni. Zwei herkulisches gebaute Neger brachen am letzten Mittwoch Abend aus dem Zuchthause von Trenton, New-Jersey, aus. Eine günstige Gelegenheit erspähten, schlügen sie ihren Wärter nieder, knebelten ihn und gewannen das Freie, ehe derselbe einen Lärm geben konnte. Sobald ihre Flucht bekannt wurde, setzten ihnen zwei berittene Schuhleute nach und holten sie auch auf der offenen Landstraße ein. Die Aufforderung, sich zu ergeben, erwirkte der eine Neger damit, daß er den einen Schuhmann erschoß. Der andere Schuhmann rächte den Tod seines Collegen damit, daß er einen der beiden Neger auf der Stelle tot hinstreckte. Mittlerweile aber hatte sich der zweite Neger auf das Pferd des ermordeten Schuhmannes geschwungen und war davongeritten. Erst am Donnerstag wurde er eingefangen.

### Telegramme der Danziger Zeitung.

Pest, 4. Juni. (Privatelegramm.) Im Pester Comitat ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Hornvieh so heftig aufgetreten, daß der Vicegespan den Auftrieb von einer Gemeinde zur anderen auf das strengste untersagt hat.

Pest, 4. Juni. (W. T.) Der den Delegationen unterbreitete gemeinsame Voranschlag beziffert das ordentliche Erforderniß auf 116 523 548, das außerordentliche auf 16 402 339, das Gesamt erforderlich auf 132 925 887 Gulden; von dem außerordentlichen entfallen 14 450 439 Gulden auf das Heer und 1 860 500 Gulden auf die Marine. Nach Abrechnung der Einnahmen aus den Zollgefällen, präliminär mit 40 669 500 Gulden, verbleibt ein Nettoerforderniß von 92 256 887 Gulden. Die bosnische Civilverwaltung ergiebt einen Ueberschüß von 51 501 Gulden.

Paris, 4. Juni. (Privatelegramm.) Die Zeitung „Cocarde“ bringt die Nachricht, Fürst Bismarck beabsichtige ganz nach London überzusiedeln.

Warschau, 4. Juni. (Privatelegramm.) Die russischen Behörden haben die Theilnahme an der Beisetzung des polnischen Dichters Mickiewicz verboten.

### Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 4. Juni.

Ers.n.3		Ers.n.3	
Weizen, selb		2. Orient-A.	72,60 72,20
Juni-Juli.	196,00 199,00	4% russ. A.80.	97,50 97,50
Sept.-Okt.	179,25 181,20	Lombarden	61,40 60,20
Rogen		Franzosen	101,00 100,40
Juni-Juli.	149,25 152,25	Cred.-Actien	167,10 165,90
Sept.-Okt.	146,25 149,00	Disc.-Com.	224,50 223,70
Petroleum	per 200 t <sub>h</sub>	Deutsche Bk.	169,60 168,00
loc.	... 23,30 23,40	Laurahütte	140,00 138,90
Rüböl		Deffr. Noten	174,40 174,85
Juni.	68,00 68,00	Russ. Noten	236,60 235,20
Sept.-Okt.	55,60 55,80	London Kurz	— 20,35
Spiritus		London Lang	— 20,255
Juni-Juli.	34,00 34,00	Russische 5%	80,50 80,25
Aug.-Sept.	34,80 34,80	G.M.-B. & A.	— —
4% Feins-A.	106,90 107,20	Dan. Priv.	— —
3½% do.	100,80 100,80	D. Delmühl.	134,00 136,00
4% Consol.	106,30 106,40	D. Prior	124,75 125,50
3½% do.	100,90 101,00	Miam.-S. B.	113,70 113,40
Rübandr.	98,90 99,00	do. G. A.	67,50 66,90
do. neue	98,90 99,00	Ostr. Südb.	— —
3½% M. & B.	58,50 58,60	Giamm.-A.	101,40 100,30
5% rm. G. & R.	99,25 99,10	Dan. G. A.	— —
Ung. 4% Gdr.	90,70 90,30	Erk. 5% A.-A.	92,00 90,60
Fondsbrüder: fest.			

Hamburg, 3. Juni. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 185—194. — Roggen loco ruhig, medienburgischer loco neuer 175—180, russ. loco ruhig, 105—110. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig.

Röbb (unverlo) ruhig loco 70. — Spiritus ruhig.

Reiter Juni-Juli 22½ Br., per Juli-August 22½ Br., per Aug.-September 23½ Br., per Septbr.-Oktbr. 23½ Br.

Riegel feist. Umsatz 300 Gack. — Petroleum ruhig. Standard white loco 6,90 Br., per Aug.-Dezbr. 7,20 Br. — Wärmer, trübe.

Hamburg, 3. Juni. Kaffee. Good average Santos per Juni 89, per September 88, per Dezember 81, per März 1891 79. Behauptet.

Hamburg, 3. Juni. Buttermarkt. Rübenrohzucker.

1. Product. Bafts 88% Rendement, neue Wiance, f. a. B.

Hamburg, per Juni 12,25, per August 12,40, per Oktober 11,77½, per Dezember 11,82½. Steif.

Hauke, 3. Juni. Kaffee. Good average Santos per September 11,00, per Dezember 10,50, per März 99,00. Behauptet.

Frankfurt a. M., 3. Juni. Effecten-Societät. (Schluß)

Credit-Aktion 25½%, Franzosen 199%, Lombarden

120%, Gallier 174½, Ägypten 99,20, 4% ungar.

Golbrente 90,50, Gotthardbahn 168,00, Disconto-Com

mandit 223,80, Dresden-Bank 156,40, Laurahütte

139, Ottomanchina 119,80, Solltürken 92,05. Jeff.

Wien, 3. Juni. (Schluß-Course.) Deffert. Papier-

rente 89,02½, do. 5% do. 101,60. Börsenbericht 89,80 4%

Golbrente 103,95, 5% Papierrente 99,82½, 1860er Coote 140,00, Anglo-Aust. 154,00,

Landbank 233,40, Creditbank 305,65, Unionbank 244,50,

ungar. Creditbank 344,50, Wien-Bankverein 119,00,

Böh. Weltbank 334, Böhm. Nordb., — Böhm. Eisen-

bahn 44,00, Dug. Bodenbacher — Elbenthalbahn 232,00,

Nordbahn 275,00, Franzosen 229,50, Gallier 200,10,

Fenberg-Gern. 23,45, Lombarden 138,25, Nordwest-

bahn 210,25, Nordbukow 174,50, Alp.-Mont.-Act. 106,40,

Kabakaktion 235,50, Amsterdamer Wechsel 98,20, Deutsche

Plätze 57,40, Londoner Wechsel 116,85, Pariser Wechsel

46,40, Napoleon 9,32½, Marknoten 57,40, Russ.

Banknoten 1,35%, Silbercoupons 100,00, Bulgarische

Anleihe 109,00. Amsterdam, 3. Juni. Getreidemarkt. Weizen per Novbr. 198. Roggen per Okt. 122—121—120.

Antwerpen, 3. Juni. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen ruhig. Hafer weichend. Gerste unverändert.

Paris, 3. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen

ruhig, per Juni 25,60, per Juli 25,20, per Juli-Aug. 24,70,

per Sept.-Dezbr. 23,60. Roggen ruhig, per Juni 18,90, per Septbr.-Dezbr. 15,20. — Mehl träge, per Jun



# Beilage zu Nr. 18321 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 4. Juni 1890.

## Abgeordnetenhaus.

66. Sitzung am 3. Juni.

Zweite Berathung der Sperrgelde-Borlage.

Die Commission kann dem Hause keinen Beschluss unterbreiten, da der Artikel 1 in schlieflicher Abstimmung abgelehnt wurde.

Die Regierungsvorlage will den einzelnen Diözesen aus den angesammelten Sperrgeldern eine Rente gewähren, welche der 3½ prozentigen Verzinsung der in den einzelnen Diözesen aufgenommenen Sperrgelder gleichkommt.

Das Centrum (Abgg. Windthorst u. Gen.) beantragt, nach Ablehnung des ersten Artikels, die Staats-Regierung zu weiteren Verhandlungen mit den kirchlichen Oberen über die Art der Verwendung der Sperrgelder und zur Vorlegung eines neuen Gesetzentwurfs aufzufordern.

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages beantragt Abg. Brüel, die vorbehalteten Staatsleistungen den Geschädigten zurückzugeben und nur in Bezug auf verbleibenden Rest eine anderweitige Vereinbarung zu kirchlichen Zwecken herbeizuführen.

Für den Fall der Ablehnung auch dieses Antrages beantragt Abg. Brüel, den kirchlichen Oberen nicht eine Rente, sondern den vollen Kapitalbetrag der Sperrgelder auszuzahlen.

Endlich beantragt Abg. Windthorst, falls auch dieser Antrag abgelehnt werden sollte, unter vorläufiger Aussetzung der Beschlussfassung über Artikel I. die königl. Staatsregierung aufzufordern, dem Landtage befuß einer Prüfung desselben über die Höhe der festzustellenden Rente zuvorüberst eine nach Diözesen und in den Diözesen nach Kategorien geordnete Nachweisung darüber vorzulegen, welchen Berechtigten und mit welchem Betrage für jeden Staatsleistungen auf Grund des Gesetzes vom 22. April 1875 vorenthalten sind.

Nach der Rede des Abg. Windthorst (über welche bereits in dem Telegramm in der heutigen Morgennummer berichtet ist) nimmt

Abg. Graf Limburg-Stirum (cons.) im Namen seiner Freunde und im Gegensatz zu dem Abg. Windthorst für den Staat das Recht in Anspruch, über die gesperrten Gelder frei zu verfügen. Er bekämpft die von dem Centrum und die vom Abg. Brüel gestellten Anträge und schließt mit der Erklärung: Unsere Abstimmungen in zweiter Lesung sind eventuelle, unsere Schlussabstimmung unterliegt der Voraussetzung, daß das Centrum dem ganzen Gesetz zustimmt. Würde es sich nicht dazu entschließen, so würden wir auch in letzter Instanz der Vorlage nicht zustimmen. Dann mag die Sache in der Schwebe bleiben, dann würden sich ja unsere Wünsche mit denen des Abg. Windthorst begegnen. (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Abg. Nintelen (Centr.): Aus der Bulle de salute animarum folgt, daß es sich hier um rechtliche Verpflichtungen des Staates handelt, weshalb die Gepperten und ihre Rechtsnachfolger Rechtsansprüche auf Zahlung der ihnen vorenthaltenen Gelder haben. Geschädigt sind die Geistlichen, welche in Folge der Einbehaltung der Staatszuschüsse von den Mitteln ihrer Familien haben leben müssen, ebenso die Gemeinden, welche mit ihren Mitteln eingetreten sind. Die einfache Gerechtigkeit erheischt die Rückzahlung der einbehaltenen Gelder.

Abg. Hobrecht (nat.-lib.): Auch wir wollen einen Rückstand aus dem Culturkampf im Interesse des confessionellen Friedens beseitigen. Maßgebend in dieser Beziehung ist die Haltung des Centrums. Die kirchlichen Oberen sollen die Vorlage für acceptabel erklärt haben (Widerspruch im Centrum). Erklären aber die katholischen Abgeordneten die Vorlage für unannehmbar, selbst wenn sie schließlich aus anderen Gründen dafür stimmen sollten, so werden wir darnach unsere Abstimmung einrichten. Wir theilen die Auffassung nicht, als ob das Sperrgesetz ein moralisches Unrecht gewesen ist. Das Gesetz beruhte auf einem tiefen politischen Gegensatz jener Zeit, und wir können über den Werth des Gesetzes nicht entscheiden, ohne jene politischen Kämpfe wieder zu erneuern. Das liegt aber nicht im Interesse des angestrebten Friedens. Im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes haben wir uns auch heute bemüht, den Wünschen des Centrums soweit wie möglich Rechnung zu tragen, und einen dahingehenden Vermittelungsantrag gestellt. Wir können nach alleidem mit gussem Gewissen erklären, redlich das Zustandekommen des Gesetzes gewollt zu haben. Erkennt die katholische Fraction diesen Willen durch Ablehnung des Gesetzes nicht an, dann werden wir gegen die Vorlage stimmen. Dann ist eben die Zeit zu einer friedlichen Lösung noch nicht gekommen. (Beifall b. d. Natlib.)

Abg. Brüel (Hospitant des Centr.): Meine Anträge verfolgen keine confessionelle Tendenz, sondern wollen allein das Recht herstellen. Alle Parteien sind wohl einig, daß das Sperrgesetz den Gipfel des Culturkampfes bedeutet; keines von den anderen Culturkampfgesetzen hat so allgemein den Namen eines Kampf- und Kriegsgesetzes erhalten. Als Kriegsgesetz charakterisiert sich das Gesetz namentlich dadurch, daß es Schuldige und Unschuldige gleich traf. Dies Gesetz ist aufgebaut auf Speculation, auf niedrige Leidenschaften (Sehr gut! im Centrum); aber der Staat hat die Festigkeit vergessen, welche der Glaube gewährt. (Beifall im Centrum.) Das Sperrgesetz entzieht Eigentum ohne Entschädigung. Das ist wider die Verfassung. Jeder Staat würde in Barbarei versinken, wenn er überall Leistungen an Personen einzustellen würde ohne Entschädigung, wenn deren Stellung ihm nicht gefällt. Sollte man nicht, wenn man das Unrecht einsieht, lieber einen ganzen Schritt machen als einen halben? Sonst könnte der Niedergang des Culturkampfes einen noch kälrigeren Eindruck machen, als der Ausbruch. (Sehr gut! im Centrum.) Mein Hauptantrag will das Unrecht und die Verstöße gegen die Verfassung beseitigen und wohl erworbene Rechte wahren bzw. den Rechtsnachfolgern der durch das Gesetz von 1875 Geschädigten einen Entschädigungsanspruch gewähren.

Minister v. Gohler: Die Bemerkungen des Abg. Windthorst über meine Erklärungen in der Commission bezüglich des tolerari posse nöthigen mich zu einer Erwidern. Wenn der Abg. Windthorst die von mir mitgetheilten Thatsachen als gleichgültige und die Schriftstücke als verstimmt bezeichnet, so wird an der Thatsache aber, daß die mir vorliegenden Mittheilungen richtig sind, dadurch nichts geändert. Ich weiß sehr wohl, daß von Rom aus erklärt worden ist, daß über die Vorlage der heilige Stuhl sich nicht geäußert habe. Das ist auch ganz klar. Diese Vorlage ist niemals der römischen Curie mitgetheilt worden,

wohl aber sind die Grundsätze, welche in dieser Vorlage zum Ausdruck gelangt sind, bekannt gewesen, und sie haben diejenige Erwidern zur Folge gehabt, welche Ihnen mitgetheilt ist. (Abg. Windthorst: Das ist sachlich unrichtig!) Der Abg. Windthorst weiß es natürlich besser. Es ist richtig, daß die Bischöfe und die Mitglieder des Centrums als Vertreter der katholischen Confession hier im Landtage die Obliegenheit haben, diese Frage zu regeln. Ich weiß genau, und das hat auch der Abg. Windthorst bestätigt, daß die Entscheidung in Ihrer Hand liegt. Sagen Sie ja oder nein, so wird der Heilige Vater überzeugt sein, daß Sie das Richtige getroffen haben. Wie Sie sich aber dem Volke und dem Staaate gegenüber abfinden können, ist Ihre Sache. (Unruhe im Centrum.) Der Abg. Windthorst hat dann behauptet, ich hätte verlangt, daß sein Name in dem Commissionsbericht genannt werde. Das genaue Gegentheil ist der Fall. Es muß hier ein Missverständnis vorliegen. Ich habe gesagt, es ist mir ganz gleichgültig, ob der Name genannt wird, ich lege darauf keinen Werth. (Widerspruch im Centrum.) Die zu dem Gesetzentwurf gestellten 4 Anträge bitte ich abzulehnen. Der Hauptantrag Windthorst will das Vorlegen eines neuen Entwurfs von einer vorherigen Verständigung mit den Kirchenoberen abhängig machen. Damit würde die Verantwortung auf Instanzen außerhalb des Hauses gelegt werden. Verhandlungen mit außerhalb des Hauses Stehenden sind aber nur vor Einbringung von Vorlagen möglich, nicht aber während der Berathung; dadurch würde ein bedenkliches Präcedenz geschaffen werden. Herr Brüel wendet privatrechtliche Bestimmungen auf öffentliches Recht an. Ein Anspruch auf Rückgabe der Gelder an bestimmte Personen liegt nicht vor, es ist ein Fonds geschaffen worden, der zur freien Verfügung des Gesetzgebers steht. Damit fallen aber auch die Gewissensbedenken von Herrn Brüel fort. Es handelt sich nicht darum, Eigenthümern wieder zu ihrem Recht zu verhelfen, vielmehr glaubt die Regierung, daß es sich hier um einen ganz freien Fonds handelt. Der Antrag Brüel ist auch in anderer Hinsicht sehr unklar, er unterscheidet nicht die Parteien und mußt den Verwaltungsbehörden unerfüllbare Aufgaben zu. Der vierte Antrag Windthorst begegnet gleichfalls dem entschiedenen Widerspruch der Regierung. Wir würden einen Beschluß des Hauses, genaue Nachweisungen zu liefern, ja ad referendum nehmen, können aber nicht einem solchen Antrage folgen, der davon ausgeht, daß die Regierung sich ausweisen soll über fremdes Gut. Ich bitte Sie also, die vier Anträge abzulehnen. Auch ohne diese ist eine Einigung möglich, und es kann damit sehr wohl ein friedlicher Zustand erreicht werden.

Abg. v. Kröcher (cons.): Ich werde für die Regierungsvorlage ohne alle Anträge stimmen, aber dagegen, wenn das Centrum das Gesetz ablehnt. Ich kann allerdings nur mit schwerem Herzen dafür stimmen, denn in weiten evangelischen Kreisen ist durch dieses Gesetz eine große Beunruhigung hervorgerufen. (Lachen im Centrum.) Hr. Windthorst will allerdings anders informirt sein, und seine Anträge sind ja auch von einem Mitgliede der evangelischen Kirche unterschrieben worden. (Hört, hört! rechts.) Die Ausnahmen bestätigen aber nur die Regel. Eine Rückgabe des Kapitals ist nicht möglich, obwohl ich nichts dagegen hätte, anstatt der

Rente das Kapital zu geben. Hr. Windthorst sagt, wer für dies Gesetz stimmt, stimmt für die Socialdemokraten. Ich muß demgegenüber erklären: Der evangelische Christ, der noch weiter geht, als dies so weit wie möglich entgegenkommende Gesetz, der geht nach Canossa. (Heiterkeit.) Daß die Auffassung des Grafen Strachwitz, der dies Gesetz einen Verstoß gegen das siebente Gebot nannte, die Auffassung der Armee ist, muß ich bestreiten, denn ich habe mit dem Grafen Strachwitz bei demselben Regiment gestanden.

Abg. Mosler (Centr.): Das Sperrgesetz stammt von einem Manne her, der selbst sagte, er werde nicht über juristische Zwirnsäden stolpern, der aber bei all' seiner Größe kein Verständniß für die religiösen und sittlichen Regungen des Volkes hatte. Man hat damals die Sennung bestraft, und die katholischen Geistlichen haben Gefängnisstrafen bis über zwei Jahre für ihre Sennung erlitten. Trotzdem wir das alles ertragen haben, hat man auch noch diese Sperre über uns verhängt. Und wenn wirklich das Sperrgesetz damals noch keine Coniscation war, so sprechen Sie heute die Coniscation aus, wenn Sie nach Art. 1 beschließen, daß die 16 Millionen zur Staatskasse vereinnahmt werden sollen. Und wir sollen das Kapital nicht nur weiter entbehren, sondern auch die Entbehrung ausdrücklich genehmigen. Für die Corporationen, die ihre Vermögen doch zinsbar anlegen, mag es gleichgültig sein, ob sie Kapital oder Rente erhalten, aber für die einzelnen Geschädigten ist die Rente keine Entschädigung. Unmöglich ist es nicht, die Geschädigten alle festzustellen, um so weniger, als ein großer Theil der 16 Mill. bestimmten Corporationen gehört. Diese Arbeit ist allerdings kolossal, es ist eben leichter, etwas zu zerstören, als es wieder aufzurichten.

Abg. v. Sedlik (freicons.): Ich bezeuge dem Cultusminister, daß er in der Commission alsbald seine Bereitwilligkeit erklärt hat, den Namen des Abg. Windthorst aus dem Bericht fortzulassen. Nach der Rede des Abg. Brüel wird es schwer, in objectiver Weise zu discutiren. Eine minder friedliebende Rede ist in diesem Hause noch nicht gehalten worden. Da ich den Frieden will, so bezähme ich die Neigung, dem Abg. Brüel so zu antworten, wie er es verdient. (Unruhe im Centrum.) Ich kann einen Rechtsanspruch auf Rückgabe der Sperrgelder weder für die katholische Kirche noch für einen der Gepperten anerkennen. Nach einer von berühmten Rechtslehrern anerkannten Rechtsanschauung handelt es sich nicht um Private, so daß alle Hinweisungen auf das siebente Gebot, Verlehung der Verfassung u. s. w. gegenstandslos sind. 1886/87 ist nun ein modus vivendi auf Grund gegenseitiger Zugeständnisse und auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens geschaffen, nicht des einseitigen Vertrauens zu der Kirche, sondern auch des Vertrauens der Kirche zum Staaate. Der Art. 1 der Regierungsvorlage trifft von diesem Standpunkt aus durchaus das Richtige. Diejenigen, welche für die Schonung der Gefühle des katholischen Volkes immer so lebhaft eintreten, haben die Ehrenpflicht, auch die Gefühle der Evangelischen zu berücksichtigen. (Sehr richtig! rechts.) Von diesem Gesichtspunkte aus stellt die Vorlage das Neuerste des Entgegenkommens gegen die katholische Kirche dar. Lehnen Sie alle Anträge ab und nehmen Sie den Art. 1 an unter dem Vorbehalt, wenn das Centrum

sich ablehnend verhält, in dritter Lesung gegen das ganze Gesetz zu stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Lieber (Centr.): Es ist eine mißbräuchliche Anwendung des Wortes Kapital, wenn man die vorbehaltene Summe, welche der katholischen Kirche ausgehändigt werden soll, so bezeichnet. Was Sie Zinsen nennen, sind nach richtiger Beurtheilung Zinseszinsen, die Sie jetzt anfangen zu bezahlen. (Beifall im Centrum.) Man sagt, daß die Aushändigung des Kapitals in evangelischen Kreisen Beunruhigung hervorrufen würde. Gerade der Culturkampf hat nicht bloß für Preußen, sondern für die ganze Welt den Beweis geliefert, daß die Macht der katholischen Kirche auf ganz anderen Gebiete liegt und auf anderen Kräften beruht, als auf dem Gelde. (Beifall im Centrum.) Außerdem steht die katholische Kirche mit ihrer Vermögensverwaltung derartig unter Staatsaufsicht, daß schon deswegen jede Besorgniß ungerechtfertigt ist. Das evangelische Volk, richtig belehrt über das, worum es sich handelt, würde ein volles Gefühl für das, was uns bewegt, haben. Der Abg. v. Seelitz scheint mehr gereizt über die Wahrheit der Worte des Abg. Brüel, als im Stande gewesen zu sein, durchschlagende Gründe dagegen vorzubringen. Nach der Fuldaer Erklärung der Bischöfe mußte der heilige Stuhl annehmen, daß das Centrum dieselbe Auffassung hat. Es handelt sich hier nicht um eine religiöse, sondern um eine ernste Rechtsfrage. Indem Rom anerkannt hat, daß die politische Vertretung über diese Sache zu befinden habe, hat es diesen Standpunkt gut gehiehen. Der Minister sollte es ein für alle Mal unterlassen, sich

uns gegenüber auf Rom zu beziehen; es ist dem Minister mißglückt, dieses Mal den Coup auszuüben, wie er wollte, und wird ihm immer mißglücken. Ich habe auch den lebhaften Wunsch, dieses höchstliebste Ueberbleibsel des Culturkampfes möglichst bald zu beseitigen. Die Sache wird und muß aber so lange in der Schwebe bleiben, bis unser gutes Recht, das wir nur verlangen, uns ganz zu Theil wird. (Beifall im Centrum.)

Minister v. Gohler: Den Abg. Lieber erinnere ich daran, daß in der ersten Lesung der Abg. Graf Strachwitz die Regierung der Verleihung des siebenten Gebots beschuldigt hat. Ich habe geglaubt, daß die Verleihung des siebenten Gebots auch eine religiöse Sache sein könnte. Wenn man Rechtsverletzungen urgirt, so verweist man auf das Strafgesetzbuch, nicht auf den Dekalog. Die Abg. Windthorst und Reichensperger haben sich der Ansicht der Grafen Strachwitz angegeschlossen. Der Abg. Reichensperger hat aber noch hinzugefügt, daß derjenige, der ohne päpstliche Zustimmung über Kirchengut verfügte, sich eines Sacrilegs schuldig mache. Ich habe geglaubt, daß eine solche Handlungsweise auch vom religiösen Standpunkt aus verwerflich ist. In der ersten Lesung ist ausdrücklich davon gesprochen worden, daß eine Zustimmung des Papstes notwendig sei zu dieser Frage. Jetzt beruft man sich auf die Aussetzung der Bischöfe. Ich habe dies klarstellen müssen, weil man sonst in der Presse angegriffen wird, man habe etwas anerkannt. Das muß ich täglich lesen, und wenn ich es nicht lese, so wird es mir durch Kreuzband zugeschickt. (Heiterkeit.)

Hierauf wird ein Vertragungsantrag angenommen.

In persönlicher Bemerkung erklären die Abg. Sperlich, Bachem, Graf Matuschka in Bezug auf die Hervorhebung des Namens des Abg. Windthorst in dem Commissionsbericht, daß der Minister allerdings sich mit der Streichung des Namens Windthorst einverstanden erklärt, indessen hinzugefügt habe, es liege ihm daran, daß ans Kreuz zu nageln, was er sich notirt habe. Der Referent stellt die Sache so dar, daß ein Mitglied der Commission gesagt habe, es würde allerdings schwer sein, ganz zu vermeiden, daß der Abg. Windthorst genannt werde. Der Minister habe dann gesagt, ihm läge nichts an der Nennung des Namens, der Geschicklichkeit des Referenten läge es ob, zu vermeiden, daß der einzelne Abgeordnete genannt würde.

Abg. Langerhans bestätigt, daß der Minister auf die Nennung des Namens des Abg. Windthorst verzichtet habe. Ob er sonst noch etwas hinzugefügt habe, wisse er nicht.

Minister v. Gohler legt Werth darauf, zu constatiren, daß auch aus den Darstellungen der Abg. Sperlich und Graf Matuschka hervorgehe, daß ihm nur daran gelegen hätte, die Sache, nicht die Person des Abg. Windthorst ans Kreuz zu nageln.

Abg. Windthorst: Aug' um Aug', Kahn um Kahn, das ist auch meine Meinung. (Große Heiterkeit.) Der Minister hat allerdings eine Sache ans Kreuz nageln wollen, aber diese Sache war ich. (Oh! rechts.)

Nächste Sitzung: Mittwoch.

## Schiffss-Liste.

Neufahrwasser, 3. Juni. Wind: NW.

Angekommen: Alma (SD), Gabemässer, Newcastle, Kohlen. — Mariette (SD), Breker, Göttingen, leer. Gefegelt: Gerta (SD), Hoffmann, Memel, leer. — Jacob Prochoroff (SD), Sandt, Kiel, leer. — Lining (SD), Arends, Gent, Holz. — Victoria (SD), Nyholm, Kjöge, Holz. — Adlershorst (SD), Büsing, Sonderburg, Getreide.

4. Juni. Wind: SW.

Nichts in Sicht.

Berantwortliche Redactoren für den politischen Theil und vermittelte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und Literarische: H. Rödner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redaktionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseraten-Theil: A. W. Hofmann, sämmtlich in Danzig.

## Sommerstoffe u. Halbtuche für Männer und Knaben, garantirt solid und waschbar, à 62 Pf. per Meter bis 3,75 versenden direct jedes beliebige Quantum das Burklin-Fabrik-Depot Dettinger u. Co., Frankfurt a.M. — Muster-Auswahl umgehend franco.

**Rademanns Kindermehl** prämiert mit der goldenen Medaille, unerreicht in Nährwerth und Leichtverdaulichkeit, nächst der Muttermilch thatsächlich die beste und zuverlässige Nahrung für Säuglinge. Zu haben à 1,20 M pro Büchle in allen Apotheken, Droguen- und Colonialwaren-Handlungen.

## Berliner Fondsbörse vom 3. Juni.

Die heutige Börse eröffnete in etwas schwächerer Haltung und mit Theilweise etwas niedrigeren Coursen auf speculativem Gebiet. In dieser Beziehung waren die weniger günstigen Tendenzmeldungen der fremden Börsenplätze und andere in demselben Sinne wirkende auswärtige Nachrichten von bestimmendem Einfluß. Im späteren Verlaufe des Verkehrs traf in Folge von Deckungskäufen eine Befestigung der Tendenz und etwas größere geschäftliche Regsamkeit hervor. Der Börsenschluß blieb schwankend. Der Kapitalsmarkt erwies sich zumeist seit für heimische solide Anlagen bei mäßigen Umsätzen. 4% Reichsanleihe etwas besser; fremde, festen Zins tragende

Papiere konnten ihren Wertstand zumeist behaupten; russische Anleihen abgeschwächt. Der Privatdiscont wurde mit 3½ % notirt. Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Creditationen zu etwas abgeschwächter Notiz mit einigen Schwankungen mäßig lebhaft um; Franzosen und Lombarden wenig verändert. Inländische Eisenbahnactionen blieben sehr ruhig und stellten sich theilweise etwas schwächer. Bankaktien behauptet und ruhig. Industriepapiere ruhig und zumeist wenig verändert. Montanwerthe anfangs matter und angeboten, später bestätigt.

Deutsche Fonds.	
Deutsche Reichs-Anleihe	4 107,20
do. do.	3½ 100,80
consolidirte Anleihe ..	4 106,40
do. do.	3½ 101,00
Staats-Schuldbeteine ..	3½ 99,90
Ostpreuß. Prov.-Oblig.	4 98,00
Westpr. Prov.-Oblig.	3½ —
Landsch. Centr.-Pfdbr.	4 —
Ostpreuß. Pfandbriefe ..	3½ 98,80
Pommersche Pfandbr.	3½ 99,60
do. do.	4 100,20
Posenche neue Pfdbr.	4 101,70
do. do.	3½ 98,80
Westpreuß. Pfandbriefe ..	3½ 99,00
do. neue Pfandbr.	3½ 96,00
Pomm. Rentenbriefe ..	4 103,25
Posenche do. ..	4 103,25
Preußische do. ..	4 103,25

Hypotheken-Pfandbriefe.	
Danz. Hypoth.-Pfdbr.	4 100,50
do. do.	3½ 95,50
Diidi. Grundsch.-Pfdbr.	4 101,60
Hamb. Hypoth.-Pfdbr.	4 101,75
Meininger Hyp.-Pfdbr.	4 101,50
Nordd. Ord.-Tb.-Pfdbr.	4 101,50
Pomm. Hypoth.-Pfdbr.	4 100,00
neue gar .....	4 94,10
do. do.	4 114,75
Pr. Bod.-Cred.-Act.-Bk.	4 101,25
do. do.	3½ 97,10

Lotterie-Anleihen.	
Bad. Prämien-Anl. 1867	4 142,00
Baier. Prämien-Anleihe	4 145,75
Braunschw. Pr.-Anleihe	— 105,60
Goth. Präm.-Pfdbr.	3½ 113,30
do. amort. do.	5 99,10
do. 4% Rente ..	4 88,10
Türk. Anleihe ..	5 90,60
Gerische Gold-Pfdbr.	5 89,50
do. Rente ..	5 86,80
do. neue Rente ..	5 87,00

Bank- und Industrie-Actionen. 1889.	
Galizier .....	3 87,90
Gotthardbahn .....	— 172,25
Kronpr.-Rub.-Bahn ..	— 88,75
Lüttich-Limburg .....	— 32,10
Defferr.-Franz.-Gt. ..	— 100,00
do. Nordwestbahn ..	— 108,50
do. Lit. B. ..	— 106,10
Reichenb.-Pardub. ..	— 129,25
Russ. Staatsbahnen ..	— 80,25
Russ. Südweltbahn ..	— 125,80
Schwed. Unionb. ..	— 43,40
do. Westb. ..	— 60,25
Südösterr. Lombard ..	— 218,00

Berg- und Hüttengeellschaften. Div. 1889.	
Gr. Berg. Bierderod. ..	362,50 12½
Berliner Raiffeis.-Bverein	133,75 6
Berliner Handelsges. ..	168,75 12
Berl. Prod. u. Hand.-A. ..	— 4½
Bremer Bank .....	— 101/2
Darmstädter Bank ..	— 10½
Deutsche Genossenschaft.-B.	130,00 8
do. Bank ..	168,00 10
Russ. Südwestbahn ..	— 127,70 11
do. Reichsbank ..	— 141,00 7
do. Hypoth.-Bank ..	— 112,90 6½
Disconto-Command. ..	223,75 14
Gothaer Gründcr.-Bk. ..	94,40 —
Hamb. Commerz.-Bank ..	131,50 7½
do. Vereins-Bank ..	114,90 5
London .....	105,10 6
Königsb. Vereins-Bank ..	115,80 7
Magdeb. Privat-Bank ..	118,75 5½
Meininger Hypoth.-B. ..	104,50 5
Norddeutsche Bank ..	168,70 12
do. Credit-Anstalt ..	166,00 10½
do. Nordwestbahn ..	93,90 —
do. Elbhals ..	92,30 —
do. 5% Oblig. ..	104,75 —
do. Boden-Credit ..	121,75 6½
Br. Centr.-Boden-Cred. ..	157,75 10
do. do. ..	115,60 6
Petersburg .....	121,75 5½
do. do. ..	115,60 6
Warschau .....	110,00 5

Wechsel-Cours vom 3. Juni.	
Amsterdam .....	8 Ig. 2½ 168,85
do. do. ..	2 Mon. 2½ 168,20
London .....	8 Ig. 3 20,255
Königsb. Vereins-Bank ..	105,10 6
Lübecker Comm.-Bank ..	115,80 7
Paris .....	8 Ig. 3 80,95
Brüssel .....	8 Ig. 3 80,85
do. do. ..	104,50 5
Wien .....	8 Ig. 4 174,20
do. do. ..	166,00 10½
Petersburg .....	115,60 6
do. do. ..	115,60 6
Warschau .....	8 Ig. 5½ 234,50
Ausländische Prioritäten.	
Gotthard-Bahn .....	5 —
Italien. 3% gar. C.-Br. ..	3 58,60
Frach.-Oberb. Gold-Pr. ..	4 98,30
Kronpr.-Rudolf.-Bahn ..	4 83,70
Defferr.-Fr.-Staatsb. ..	3 84,40
Defferr. Nordwestbahn ..	5 93,90
do. Elbhals ..	5 92,30
Güdöster. B. Lomb. ..	3 66,80
do. 5% Oblig. ..	5 104,75
Ungar. Nordostbahn ..	5 88,10
do. do. Gold-Pr. ..	5 102,40
Brest-Grajewo .....	5 99,00
Charkow-Kijow ril. ..	4 92,40
Aurisk-Charkow .....	4 93,40
Ungar. Kijow .....	4 95,20
Mosko-Kijasian .....	4 101,30
Mosko-Smolensk .....	4 95,25
Rjbinsk-Bologone .....	4 93,40
Rjastan-Roslow .....	4 93,40
do. Gera gar. .....	5 102,00
Sorten.	
Danziger Delmühle .....	136,00 —
do. Prioritäts-Act. ..	125,50 —
do. Metallwaaren .....	116,25 8
Neufeld-Metallwaaren ..	100,05 6½/3
Action der Colonia .....	163,00 60
Leipziger Feuer-Versich. ..	83,90 5½
Bauverein Bassage .....	93,90 3½
Deutsche Bausgesellschaft ..	93,90 3½
A. B. Omnibusgesellsch. ..	216,75 10½
Russische Banknoten ..	235,25 —

Ausländische Fonds.	
Russ.-Engl. Anleihe 1875	4 97,50
do. do. do. 1880	4 109,80
do. Rente 1883	5 107,50
do. Rente 1884	5 99,00
Russ. Anleihe von 1889	5 72,20
Russ. 2. Orient-Anleihe	5 109,50
do. 3. Orient-Anleihe	5 72,90
do. Stiegl. 5. Anleihe	5 77,00

Eisenbahn-Stamm- und Stamm - Prioritäts - Actionen. Div. 1889.	
Aachen-Maastricht .....	73,90
Mainz-Ludwigshafen .....	116,90 4½/3
Marienb.-Mlawk.Gt.-A. ..	66,90 —
do. do. ..	113,40 —
do. do. ..	100,30 3
Gießener Nat.-Hypothe. ..	5 103,10
do. do. ..	4 104,00
do. do. ..	4 99,80
Poln. landschaftl. .....	5 68,20
Russ. Bod.-Cred.-Pfdbr. ..	5 109,50
Russ. Central- .....	5 88,80

Dukaten .....	
Gouvern. ....	125,50 —
20-Francs-Gt. ....	116,195
Imperials per 500 Gr. ....	4,1775
Neufeld-Metallwaaren .....	100,05 6½/3
Action der Colonia .....	16